Begründung

Allgemeiner Teil

Durch die Verordnung BGBl. II Nr. 585/2020 wurde die FMA-Incoming-Plattformverordnung (FMA-IPV), BGBl. II Nr. 184/2010, an das Information Management System Portal (IMAS Portal) des einheitlichen Aufsichtsmechanismus gemäß Art. 6 der Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (SSM-Verordnung), ABl. Nr. L 287 vom 29.10.2013 S. 63, in der Fassung der Berichtigung ABl. Nr. L 218 vom 19.08.2015 S. 82, angepasst. Mit der vorliegenden Novelle werden die im Wege des IMAS Portals zu übermittelnden Einbringungen um Anzeigen von bedeutenden beaufsichtigten Unternehmen im Rahmen der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit (§§ 9 und 10 des Bankwesengesetzes – BWG, BGBl. Nr. 532/1993) erweitert. Zudem enthält die Novelle diverse weitere Anpassungen im Bereich des Bankenaufsichts- und Bankenabwicklungsrechts.

Besonderer Teil

Zu Z 1 (§ 1 Abs. 1 Z 1):

In Z 1 wird ein Verweis auf § 73 Abs. 6 BWG neu aufgenommen, welcher jährliche Anzeigen durch inländische Zweigstellen ausländischer Kreditinstitute betrifft und durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 98/2021 erstmals ins BWG aufgenommen worden ist.

Zu Z 2 und 3 (§ 1 Abs. 1 Z 10 und 13):

Redaktionelle Berichtigungen.

Zu Z 4 (§ 1 Abs. 1a):

Das IMAS Portal ist eine im einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) einheitlich verwendete elektronische Plattform zur Kommunikation zwischen Beaufsichtigten, nationalen Aufsichtsbehörden und Europäischer Zentralbank (EZB), die über die Internetseiten der FMA (<https://www.fma.gv.at/banken/imas-portal-des-ssm/>) und der EZB (<https://www.bankingsupervision.europa.eu/banking/portal/imas/html/index.de.html>) erreichbar ist. Einbringungen über das IMAS Portal stehen automatisiert und zeitgleich der EZB und den nationalen Aufsichtsbehörden, in Österreich neben der FMA auch der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), zur Verfügung.

Schon aufgrund der letzten FMA-IPV-Novelle, BGBl. II Nr. 585/2020, sind sogenannte „Fit&Proper“-Verfahren von bedeutenden beaufsichtigten Instituten über das IMAS Portal abzuwickeln (Z 1). Nun kommen in Z 2 Anzeigen von bedeutenden beaufsichtigten Instituten im Rahmen der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit hinzu. Dies betrifft sowohl Anzeigen von Kreditinstituten aus Mitgliedstaaten, die in Österreich tätig sind (§ 9 Abs. 5 BWG) als auch Anzeigen von österreichischen Kreditinstituten, die in anderen Mitgliedstaaten tätig werden (§ 10 Abs. 2, 5 und 6 BWG). Diese Anzeigen sind künftig im Wege des IMAS Portals an die FMA zu erstatten (vgl. dazu auch Teil II Titel 3 der Verordnung (EU) Nr. 468/2014 zur Einrichtung eines Rahmenwerks für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Zentralbank und den nationalen zuständigen Behörden und den nationalen benannten Behörden innerhalb des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM-Rahmenverordnung) (EZB/2014/17), ABl. Nr. L 141 vom 14.05.2014 S. 1, in der Fassung der Berichtigung ABl. Nr. L 65 vom 08.03.2018 S. 49). Betroffen sind aber nur Anzeigen von bedeutenden beaufsichtigten Unternehmen gemäß Art. 2 Nr. 16 der Verordnung (EU) Nr. 468/2014. Alle anderen Unternehmen haben die Anzeigen gemäß den §§ 9 und 10 BWG weiterhin gemäß Abs. 1 Z 1 im Wege der Incoming-Plattform zu erstatten.

Bei Anzeigen über den Erwerb einer qualifizierten Beteiligung an einem Kreditinstitut gemäß § 20 Abs. 1 BWG wird der Übermittlungsweg nicht durch die FMA-IPV geregelt. Auch diese Anzeigen können künftig aber auf freiwilliger Basis über das IMAS Portal erstattet werden, um eine möglichst effiziente Verfahrensführung zu ermöglichen.

Zu Z 5 (§ 1 Abs. 2 Z 1):

Bestimmte Übermittlungen im Zusammenhang mit der Erstellung von Abwicklungsplänen gemäß § 21 Abs. 1 des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes – BaSAG, BGBl. I Nr. 98/2014, werden von der Verpflichtung zur Verwendung der Incoming-Plattform ausgenommen. Diese Ausnahme gilt für Institute, für die der Ausschuss für die einheitliche Abwicklung zuständig ist. Denn solche Institute übermitteln Informationen nicht einheitlich und teilweise auch direkt an den Ausschuss. Die Ausnahme soll sowohl

dem Ausschuss als auch der FMA eine flexiblere und effizientere Verfahrensführung ermöglichen und der Verwaltungsvereinfachung dienen.

Zu Z 6 (§ 3):

Regelt das Inkrafttreten im Einklang mit dem Zeitpunkt der technischen Anpassung des IMAS Portals.